

Protokoll:

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90 / Die Grünen) beschreibt zunächst die positive Stimmung in der ganzen Stadt und der Region, die auf Grund der BUGA 2011 zu spüren sei. Nach ihrer Auffassung müsse man diese positive Stimmungslage nutzen und diese in die Zukunft mitnehmen.

Ihr sei es von Beginn an wichtig gewesen, die folgenden Fragen zu beantworten: Was ist nachhaltig? Was bleibt? Was ist zukunftsfähig? Wie wird man Festung und Schloss nach der BUGA gestalten? Wie wird das Festungsplateau nach der BUGA genutzt? Könnte es dort Konzerte wie früher vor dem Schloss geben? Viele Bereiche seien kostenintensiv hergerichtet worden, es gelte sie zu schützen. Sind Zäune eine Lösung? Könnte es langfristig einen Park auf der Festung geben? Ist es wirtschaftlich machbar, die Seilbahn in den ÖPNV zu integrieren? Was werden wir uns leisten können? Wie werden wir es finanzieren?

Viele dieser Fragen stellten sich auch die Bürger der Stadt. Es herrsche eine so positive Stimmung in der Stadt, die Menschen sprühten vor Ideen. Öffentlichkeitsbeteiligung sei sinnvoll, empfehlenswert und schaffe Transparenz und Vertrauen. Nach Meinung ihrer Fraktion sollten Vereine, Verbände, Agenda-Gruppen, „Freunde der Bundesgartenschau“ und alle interessierten Bürgerinnen und Bürger am Prozess der Nachnutzung der BUGA 2011 beteiligt werden. Es gebe unzählige Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. Eine Auftaktveranstaltung wäre für sie der erste Schritt und der Beginn des Prozesses.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig trägt seitens der Verwaltung die Stellungnahme (ST/0176/2011) vor und ergänzt noch, der Termin 19.10.2011 sei extra so abgestimmt, dass man erstens die Bilanzierung der Erfahrungen mit der BUGA einbeziehen könne und zugleich eine Chance habe, die Anregungen der Bürgerbeteiligung in die anschließenden städtischen Gremiensitzung noch einzubeziehen. Alle diese Aspekte gingen dann in das Prüfverfahren mit ein und könnten in den weiteren Beratungen mit erledigt werden. In diesem Sinne denke er, dass die Planung der Verwaltung exakt dem entspreche, was der Antragsteller habe erreichen wollen. Die Zustimmung des Antragstellers vorausgesetzt, betrachte er den Antrag damit für erledigt.

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90 / Die Grünen) erklärt dazu das Einverständnis ihrer Fraktion.